

CDU und SPD erzwingen ein Ja zum Verkauf

Der Kreis Offenbach ist bereit, seine Anteile am Flugplatz zu veräußern. Egelsbach und Langen haben noch nicht entschieden.

es. KREIS OFFENBACH. Dem Verkauf der von der Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft (KVBG) gehaltenen Anteile an der Hessischen Flugplatz GmbH (HFG), der Betreibergesellschaft des Flugplatzes Egelsbach, an die amerikanische Firma Netjets hat der Offenbacher Kreistag gestern in einer Sondersitzung in Dietzenbach zugestimmt. Dafür sprachen sich die Koalitionsfraktionen CDU und SPD sowie der Vertreter der Deutschen Liste aus; Grüne, FDP, FWG und Linke lehnten den Verkauf ab. Die Offenbacher Stadtverordneten gaben schon am Donnerstagabend grünes Licht (siehe untenstehenden Artikel). Damit haben die beiden größten Anteilseigner den Ausstieg aus der HFG beschlossen: Die KVBG ist mit 39,2 Prozent, die Stadtwerke Offenbach Holding GmbH mit 33,4 Prozent beteiligt. Der Verkauf wird allerdings erst wirksam, wenn die Gremien aller fünf Gesellschafter zugestimmt haben.

Das kann noch etwas dauern: Die Egelsbacher Gemeindevertreter und die Langener Stadtverordneten werden nicht vor dem 19. März entscheiden. Der Anteilsverkauf wurde am Donnerstagabend von den Tagesordnungen der Sitzungen beider Gremien heruntergenommen. Die Gemeinde Egelsbach, die 11 Prozent der HFG-Anteile hält, und die Stadt Langen, die mit 9,4 Prozent beteiligt ist, folgten damit einer Zwischenentscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs im Zusammenhang mit den laufenden Bürgerbegehren (F.A.Z. von Freitag). Der Achte Senat des Verwaltungsgerichtshofs hatte den „Schiebebeschluss“ zur „Wahrung einer effektiven Bürgerbeteiligung“ erlassen. Angesichts umfangreicher Schriftsätze und einer „komplexen Sach- und Rechtslage“ haben die Richter damit zwei Wochen Zeit gewonnen, abschließend zu befinden. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Langen, die die übrigen 6,9 Prozent der Anteile halten, hat den Beschluss zum Anteilsverkauf am Donnerstagabend ebenfalls auf den 19. März verschoben.

In den Mittelpunkt des Interesses rückt immer stärker die Frage, ob Netjets auch über den ursprünglich vorgesehenen Termin – 6. März – hinaus an der Absicht festhält, die HFG-Anteile zu übernehmen, und ob die HFG über genügend

Liquidität verfügt, die nächsten beiden Wochen zu überstehen. Scott Forbes, Director von Netjets Europe, der an der Gemeindevertretersitzung in Egelsbach als Zuhörer teilnahm, wiederholte dort gegenüber dieser Zeitung nur, man bewerte die Situation und werde sich zu gegebener Zeit äußern.

Zur Lage der HFG, die in den vergangenen Jahren stets Fehlbeträge auswies, war gestern inoffiziell zu hören, spätestens am Montag müsse die Gesellschaft einen Insolvenzantrag stellen. Die bisherigen Gesellschafter hatten das Stammkapital erst kürzlich um 500 000 Euro erhöht, sind zu weiteren Zahlungen aber nicht bereit. HFG-Geschäftsführer Peter Lehmann war gestern nicht zu sprechen. Landrat Peter Walter (CDU), der auch Vorsitzender des HFG-Aufsichtsrats ist, wies darauf hin, die jüngste Kapitalerhöhung habe nur die Verluste von 2007 abgedeckt. 2008 habe es einen weiteren Fehlbetrag von 460 000 Euro gegeben. Außerdem seien „unabweisbare Reparaturmaßnahmen“ erforderlich, die der Sicherheit des Flugverkehrs dienen. Am Montag werde man einen „Kassensturz“ vornehmen und beurteilen, ob das Geld reiche: „Die Frage der drohenden Insolvenz müssen wir würdigen.“

Der Antrag der Grünen, die Entscheidung über den Anteilsverkauf auch im Kreistag zu verschieben, wurde gestern mit den Stimmen von CDU und SPD sowie des Vertreters der Deutschen Liste abgelehnt. Bernd Abeln (CDU) bezeichnete den Verkauf an Netjets als „die günstigste der denkbaren Lösungen“. Die Risiken für die Bevölkerung, dass sich die Belastungen durch den Flugplatz erhöhten, seien nach einer Insolvenz der HFG größer als bei der vorgesehenen Übernahme durch Netjets. Bei einer Insolvenz gehe der Flugbetrieb nämlich ohne die Beschränkungen weiter, die die bisherigen Gesellschafter vereinbart hatten und an die sich auch Netjets halten wolle.

Dietmar Alt (Grüne) vertrat die Ansicht, „man sollte Netjets und auch Fraport nicht zu viel Vertrauen entgegenbringen“. Ein privater Eigentümer könne „Schritt für Schritt“ darangehen, den Flugplatz Egelsbach auszubauen. Rudolf Schulz (FWG) sagte, der Verkauf der HFG-Anteile sei unprofessionell vorbereitet worden. Daniell Bastian (FDP) kritisierte, dass Walter sich bis zum Herbst vergangenen Jahres mit der „Erfolgsstory“ der HFG gebrüstet habe, obwohl die Gesellschaft schon im März 2008 „am Rande der Insolvenz“ gestanden habe. SPD-Fraktionsvorsitzender Werner Müller hob hervor, man müsse gegenüber Netjets „wachsam und kritisch, aber nicht misstrauisch“ sein.